

**Vizepräsident Eduard Oswald**

- (A) chergestellt, dass die darin enthaltenen Maßgaben zu einer aktiven Überprüfungspraxis durch die jeweilige Atomaufsicht führen, soweit in den jeweiligen Atomanlagen solche angepassten Maßgaben oder Standards nicht erfüllt sind?

Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

**Katherina Reiche**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Kofler, das überarbeitete kerntechnische Regelwerk soll nach Abschluss der vorgesehenen Beratungen veröffentlicht werden. Eine solche Veröffentlichung ist jedoch weder erforderlich für die laufende Berücksichtigung des Standes von Wissenschaft und Technik durch die Behörden, noch hat sie eine rechtliche Bindungswirkung des Regelwerks zur Folge. Vielmehr dient das untergesetzliche Regelwerk der jeweiligen atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde als Grundlage für behördliche Entscheidungen.

Es bedarf der Umsetzung des untergesetzlichen Regelwerks im konkreten verwaltungsbehördlichen Verfahren. Die Veröffentlichung kerntechnischer Regelwerke erfolgt üblicherweise nach Beratungen des Länderausschusses für Atomenergie, in denen die zuständigen atomrechtlichen Behörden übereinkommen, die entsprechenden kerntechnischen Regeln in atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren zugrunde zu legen.

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

- (B) Ihre erste Nachfrage, Frau Kollegin Dr. Kofler.

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Frau Staatssekretärin, ich habe nach dem konkreten Zeitpunkt gefragt. Wenn man sich die Homepage des Ministeriums für Umwelt ansieht, dann stellt man fest, dass dort angekündigt ist, dass das überarbeitete kerntechnische Regelwerk Mitte 2011 in Kraft gesetzt wird. Ich frage Sie noch einmal nach dem konkreten Zeitpunkt – wir befinden uns im Herbst 2011 – und danach, welche Gründe es für die Verzögerung bei der Inkraftsetzung gibt.

**Katherina Reiche**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Kollegin Kofler, da diese Frage schon öfters in den Fragestunden gestellt wurde, erlaube ich mir einen kurzen Rückblick. 2003 hatte die damalige Bundesregierung ein kerntechnisches Regelwerk in Auftrag gegeben. Der jeweilige Bearbeitungsstand ist immer im Internet veröffentlicht und umfangreich kommentiert worden. Zuletzt wurde 2008 die Version D veröffentlicht. Im Juli 2009 haben Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und das BMU beschlossen, es probeweise anzuwenden. Die Länder haben ihre Erfahrungsberichte, wie vereinbart, bis Ende 2010 vorgelegt. Auf dieser Grundlage ist nun die Version E zustande gekommen, die dem BMU zur Prüfung vorliegt. In diese Prüfung werden wiederum die atomrechtlichen

- Behörden der Länder sowie die Reaktor-Schutzkommission einbezogen. Dieser Prozess läuft. Insofern befinden wir uns im Zeitplan. (C)

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Mitte 2011 ist vorbei!)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Nachfrage des Kollegen Kelber.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Staatssekretärin, können Sie mir an ein oder zwei Beispielen erläutern, welche entscheidenden Unterschiede zwischen der Version D und der Version E des kerntechnischen Regelwerks bestehen, die dazu geführt haben, dass wir im Jahr 2010 und bisher im Jahr 2011 weiterhin mit einem kerntechnischen Regelwerk aus den 70er-Jahren gearbeitet haben – auch als Reaktion auf den Unfall in Fukushima –, anstatt mit einer einzigen Unterschrift Ihres Ministers das Regelwerk D bereits in Kraft zu setzen?

**Katherina Reiche**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Kollege Kelber, ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin: Wir haben das Atomgesetz bereits vor Fukushima dergestalt geändert, dass wir einen § 7 d eingeführt haben, der dazu verpflichtet, die sicherheitstechnischen Anforderungen jeweils nach dem Stand von Wissenschaft und Technik zu ergänzen. Dieser Prozess läuft sowieso. Er bedeutet eine permanente Weiterentwicklung der Sicherheitsanforderungen, übrigens unabhängig von einem kerntechnischen Regelwerk. (D)

(Ulrich Kelber [SPD]: Meine Frage war nach Unterschieden zwischen D und E!)

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Herr Kelber hat das Wort.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Die Frage war: Können Sie uns entscheidende Unterschiede zwischen den Versionen D und E erläutern?

**Katherina Reiche**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Nein, Herr Kollege Kelber, das kann ich nicht. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir § 7 d des Atomgesetzes neu eingeführt haben. Ich finde, es ist eine wichtige Mitteilung – an Ihnen ist sie offenbar permanent vorbeigegangen –, dass die Betreiber verpflichtet sind, nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nachzurüsten, und somit die Aufsichtsbehörden dies auch überprüfen müssen.

**Vizepräsident Eduard Oswald:**

Es gibt eine weitere Frage des Kollegen Dr. Miersch.